

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

9.12.1932 (No. 289)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karls-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Bismarck-  
Nr. 955  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amen  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Amnestie

#### Beschlüsse des Rechtsausschusses

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Der Rechtsausschuss des Reichstags nahm am Freitagvormittag den Amnestieentwurf mit 21 gegen 4 Stimmen in der Schlussabstimmung an. In der gestern angenommenen Fassung ist nur noch infomeren eine Änderung eingetreten, als das Delikt des schweren Raubes von der Amnestie ausgenommen wird. Aus der Debatte sei erwähnt, daß Reichsminister v. Schleicher durch den Reichsjustizminister mitteilen ließ, er habe schwere Bedenken gegen die Ausdehnung der Amnestie auf die Delikte des Landes- und Hochverrats. Er, der Reichsminister, werde die Vorlage auf ihre Auswirkungen vom Standpunkt der Wehrmacht aus ernsthaft prüfen.

Der nach langwierigen interfraktionellen Verhandlungen zustande gekommene Amnestieentwurf des Reichstags basiert auf der unten mitgeteilten Skizze des Reichsjustizministers. Die Fraktionen haben dieser Skizze allerdings noch eine Reihe wesentlicher Bestandteile zugefügt.

Nach der so zustande gekommenen Fassung wird für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen begangen wurden, Amnestie in der Weise gewährt, daß Strafen bis zu 5 Jahren erlassen werden. Längere Strafen sollen zunächst um 5 Jahre gemindert und der Rest noch halbiert werden. An die Stelle von Zuchthaus soll dabei Gefängnis treten. Für Straftaten, die infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen begangen wurden, soll die Strafe erlassen werden, wenn der Täter nicht oder nur bis zu 3 Monaten vorbestraft ist, und wenn es sich um eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als 6 Monaten handelt.

Nichtamnestiert werden Verbrechen gegen das Leben, gegen den § 1 der Antiklerikverordnung vom 9. Aug. 1932, wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist, ferner gemeingefährliche Verbrechen mit Todesfolge, Verbrechen des schweren Raubes, Verbrechen des Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist, und die Sprengstoffverbrechen. Hochverrat soll also mitamnestiert werden und auch Landesverrat in den Fällen, in denen die Tat nicht aus Eigennutz begangen wurde.

### Die gestrige Aussprache im Ausschuss

Der Rechtsausschuss des Reichstags behandelte am Donnerstag in einer Nachmittag- und Abend Sitzung die Amnestiefrage. An den Beratungen nahm auch der Reichsjustizminister Dr. Gurtner teil. Im Verlaufe der Sitzung legte der Minister den flüchtigen Entwurf für eine allgemeine Amnestie vor.

Hierauf soll für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß von wirtschaftlichen Kämpfen begangen wurden, in der Weise Strafrecht gewährt werden, daß die Strafen bis zu fünf Jahren erlassen werden; längere Strafen werden gemindert, auch soll an Stelle von Zuchthaus Gefängnis treten. Bemerkenswert ist hierbei, daß der Hochverrat nicht mehr unter die Ausnahmen von der Amnestie fällt, außerdem ist bei Landesverrat und bei Verrat militärischer Geheimnisse die Einschränkung gemacht worden, daß die Tat aus Eigennutz begangen sein muß, wenn keine Amnestierung eintritt.

In der sich anschließenden Debatte war eine Einigung über den Entwurf noch nicht zu erzielen, auch behielten einige Parteien ihre Stellungnahme noch vor. Die Abstimmung wurde daher auf Freitag früh vertagt.

In der Aussprache kam es zunächst zu einer außerordentlich scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Marum (S.) und den Kommunisten, die den Sozialdemokraten zum Wortvortritt machten, sie hätten die restlose Amnestierung der proletarischen Gefangenen verhindert. Abg. Dr. Marum erklärte, daß nur durch das entschiedene Eintreten der Sozialdemokraten die Amnestievorlage auch auf die Hochverräter Anwendung finden solle, also auf die ganz erhebliche Zahl von verurteilten Kommunisten.

Die Nationalsozialisten erklärten ihre Stellungnahme wie folgt: Die Grundlage der Amnestie soll die Notwendigkeit einer totalen Liquidation der Weimarer Epoche herbeiführen, soweit es sich um Vergehen und Verbrechen handelt, die gegen den einzelnen, nicht gegen die Gemeinschaft von Volk und Staat, gerichtet sind. Dieser Grundgedanke der Totalität ist durch die Herausnahme der Sprengstoffverbrechen und Verbrechen gegen das Leben durchbrochen worden. Wenn die Nationalsozialisten trotzdem die Annahme erwägen, so geschieht das mit Rücksicht auf den großen Umfang der Amnestie, denn durch diese werden eine große Anzahl von Volksgenossen aus dem Elend befreit. Die Nationalsozialisten beantragten jedoch, die Abstimmung auf Freitag zu verschieben, da die Ausnahme des Hochverrats und des Landesverrats unter gewissen Bedingungen ihnen die Annahme des Gesetzes schwer mache.

Abg. Dr. Marum (S.) erklärte kategorisch, daß seine Fraktion nur einer Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen könne. Wenn diese nicht den Wünschen der Nationalsozialisten entspreche, sollten sich diese die notwendige Zweidrittelmehrheit suchen. Auf Unterstützung der Sozialdemokraten könnten sie dann nicht rechnen.

Auf eine Anfrage erklärte der Reichsjustizminister Gurtner, er könne die Stellungnahme des Kabinetts noch nicht mitteilen. Auch wisse er nicht, welche Stellung der Reichsrat einnehmen werde. Nach seiner persönlichen Auffassung sei es jedoch möglich, daß der Reichsrat daran Anstoß nehmen werde, daß der Hochverrat nicht von der Amnestie ausgeschlossen werden solle. Ähnlich liege es bei der Einschränkung des Landesverrats.

Das Reichshaushaltsdefizit betrug Ende Oktober 1932 1244,3 Mill. Reichsmark.

### Letzte Nachrichten

#### Die heutige Reichstags-Sitzung Vor den Abstimmungen

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Auf der Tagesordnung der heutigen Vollversammlung des Reichstags, die um 11 Uhr begann, steht nicht nur die Fortsetzung der ersten Beratung der sozialpolitischen Vorordnungen, sondern auch schon die zweite und dritte Beratung der Initiativ-Gesetzentwürfe, die der Reichstag nach der Verlesung verabschieden will. Schwierigkeiten kann allerdings die Amnestievorlage bereiten, falls die Deutschnationalen gegen ihre Verabschiedung Widerspruch erheben. Ein solcher Widerspruch ist nach der Geschäftsordnung möglich, weil die Vorlage, die erst vormittags vom Ausschuss verabschiedet wurde, nachmittags wahrscheinlich noch nicht gedruckt vorliegen kann. Im Falle eines solchen Widerspruchs rednet man mit der Abhaltung einer Nachsitzung, die um 12 Uhr beginnt oder noch mit einer kurzen Sitzung am Samstag früh. Die Zweidrittelmehrheit für die Amnestievorlage gilt jedoch als wahrscheinlich, da zwar Kommunisten und Nationalsozialisten von der Kompromißvorlage des Ausschusses nicht befriedigt sind, aber auch die Vorlage nicht zu Fall bringen möchten, weil sie doch für viele politische Inhaftierte ein Wehrnachteil bedeuten würde.

#### Das Vertretungsgesetz für den Reichspräsidenten angenommen

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden in üblicher Weise die Urlaubsbewilligungen an Abgeordnete bekanntgegeben. Abg. Torgler (A.) rief: „Wie ist es mit dem Nationalsozialistischen Straffer?“ Reichspräsident Eiser erwidert: „Ein Urlaubsgesuch des Abg. Straffer ist noch nicht eingegangen.“

Dann wurde in dritter Lesung ohne Aussprache über das von den Nationalsozialisten beantragte Vertretungsgesetz für den Reichspräsidenten namentlich abgestimmt. Das Gesetz lautet:

„Der Reichspräsident wird im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten. Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der neuen Wahl.“

Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme des Gesetzes mit 404 gegen 127 kommunistische und deutschnationale Stimmen.

Die für verfassungsändernde Gesetze erforderliche qualifizierte Mehrheit, in diesem Falle 354 Stimmen, ist damit überschritten.

Hierauf wurde die am Mittwoch abgeordnete sozialpolitische Aussprache fortgesetzt. Abg. Meißner (Soz.) begründete einen von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung. Darin werden Reichszuschüsse für öffentliche Arbeiten und Kleinwohnungsbaue sowie Gemeindeförderungen, kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen, Schulung jugendlicher Erwerbsloser und Hausreparaturen gefordert.

### Die Regierungsfrage in Preußen Noch keine Wahl des Ministerpräsidenten

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Wie BDZ. meldet, ist der Preussische Landtag jetzt vom Präsidenten Herrl zu seinem nächsten Sitzungsabschnitt für kommenden Mittwoch, den 14. Dezember, nachmittags, einberufen worden. Die Wahl des Ministerpräsidenten steht nicht auf der Tagesordnung.

Das Haus wird sich vielmehr mit einer großen Anzahl von Ausschussbeschlüssen beschäftigen, und vor allem die Abstimmungen über die Anträge zu den Auseinandersetzungen zwischen Reich und Preußen wiederholen. Bei diesen Abstimmungen war das Haus in der letzten Sitzung beschlußunfähig gemacht worden, als die Anträge zugunsten der Regierung Braun zur Entscheidung kommen sollten. Der Sitzungsabschnitt des Landtages wird einige Tage dauern. Nunmehr dürfte kaum noch mit der Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen vor Mitte Januar zu rechnen sein.

Keine Erkrankung des Reichspräsidenten. In der ausländischen Presse sind wieder einmal falsche Gerüchte über eine Erkrankung des Reichspräsidenten verbreitet. Auch die gestrigen Empfänger, insbesondere die längere Aussprache mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaften, die der Reichspräsident gehabt hat, beweisen — wie in Berlin erklärt wird — seine körperliche und geistige Mithigkeit und Aktivität. Aus der Umgebung des Reichspräsidenten verlautet, daß er, als ihm diese Gerüchte zu Ohren kamen, erklärt hat, ihm sei von diesen Dingen nichts bekannt.

Die Zahl der Arbeitslosen im Reich belief sich am 30. November auf rund 5 358 000. Die Zunahme gegenüber Mitte dieses Monats betrug rund 92 000. Das Tempo der jahreszeitlichen Verschlechterung hat sich etwas verlangsamt.

Ein kommunistischer Schwarzsender machte sich in Berlin mehrfach bemerkbar. In Zusammenarbeit mit Beamten der Post und Reichsrundfunkgesellschaft gelang es der politischen Polizei, den Schwarzsender in dem Hause Reinholdsdorfer Straße 100 in dem Augenblick festzustellen, als er von drei Leuten abmontiert und fortgeschafft werden sollte. Der Apparat ist beschlagnahmt. Die drei Personen sind verhaftet.

Der Kreuzer „Köln“ trat gestern, Donnerstag, vormittag in Wilhelmshaven die Ausreise zu seiner einjährigen Fahrt um die Welt an.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Konjunktur und Arbeitsbeschaffung — Aus der Kraftwagenindustrie

Fragen nach der Gestaltung der Konjunktur in der Welt und in Deutschland werden naturgemäß in einer Zeit wie der gegenwärtigen dauernd gestellt. Dabei muß aber von zwei Gesichtspunkten ausgegangen werden. Die erste Frage ist die, ob nun die Wirtschaft so weit ist, aus ihrer eigenen Gefährlichkeit heraus den Weg zum Aufstieg zu finden. Bei der zweiten Frage aber handelt es sich um das Problem, inwieweit der Staat imstande ist, durch gesetzgeberische Maßnahmen „anzukurbeln“, d. h. entweder durch Freimachung von Krediten öffentliche Arbeiten zu ermöglichen und durch direkte Aufträge die Wirtschaft zu beleben, oder ihr auf andere schonende, pflegliche Weise wie Steuerermäßigung, entsprechende Handelspolitik, Stützung der natürlichen Kräfte des Kapitalmarktes, Förderung der Ausfuhr usw., Anreiz zu Investitionen und zur Steigerung der Produktion zu geben. Gerade die in der zweiten Frage liegenden Einzelprobleme sind gegenwärtig aktuell. Es handelt sich auch um den gewaltigen, schon fast nicht mehr übersehbaren Komplex, der „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, die einmal danach zu beurteilen sein werden, ob durch Kreditanweisungen die Stabilität der Währung nicht gefährdet wird und weiterhin danach, ob dadurch tatsächlich wirksam in die Wirtschaftskonjunktur eingegriffen werden kann. Die radikalen Pläne dieser Art haben plan- und zwangswirtschaftlichen Charakter und streben eine künstliche Geldschöpfung, unabhängig vom Goldstandard, an. Sie werden schon aus diesen Gründen vom Standpunkt der Privatwirtschaft aus bekämpft.

In Deutschland hat man bereits viele Versuche in der Richtung der Arbeitsbeschaffung durch den Staat unternommen, und der größte Versuch, das Wirtschaftsprogramm der letzten Reichsregierung, mit einem Gesamtumfang von 2,7 Milliarden Reichsmark, der vor allem die private Wirtschaft stützen will, ist zur Zeit im Gange. Bei diesem Versuch handelt es sich in erster Linie darum, der Wirtschaft Erleichterungen durch das Steuergutscheinensystem und außerdem durch die Lohnprämierung gleichfalls mit Hilfe der Steuergutscheine zu geben. Es ist bemerkenswert, daß sich der Reichsbankpräsident in diesen Tagen für Änderungen in diesem System ausgesprochen hat, indem er es als möglich bezeichnete, im Rahmen des Regierungsprogramms, die für die Lohnprämierung vorgesehenen 700 Millionen Reichsmark eventuell zum Teil für öffentliche Arbeitsbeschaffungen anzusetzen, und zwar mit der Begründung, daß die Lohnprämien von den Unternehmern nicht genügend beansprucht würden. Ist letzteres tatsächlich der Fall, was sich allerdings noch nicht feststellen läßt, so wäre hierdurch allerdings die Möglichkeit geschaffen, weitere Mittel für öffentliche Arbeitsbeschaffung einzusetzen.

Der bekannte Gereke-Plan, der gleichfalls in erster Linie die Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge unter Bereitstellung öffentlicher Mittel, ohne neue zusätzliche Belastung der Wirtschaft in Aussicht nimmt, wird zweifellos, nachdem sein Urheber, der Präsident des Deutschen Landgemeindetags, Landrat Dr. Gereke, zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt worden ist, weiter verfolgt werden. Der Plan ist auslegungsfähig und umgestaltungsfähig, und Dr. Gereke soll der Reichsregierung nun seine präzisesten Vorschläge machen. Dazu kommt noch ein sich in ähnlichen Gedankengängen bewegender Plan des Deutschen Städtetags, der ähnlich, wie dies der Reichsbankpräsident in seiner Rede in München offen ließ, einen Teil der Mittel, die über den Weg der Steuergutscheine vom Reich zur Belebung der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind, für die Einschaltung der Kommunen in den Wirtschaftsplan benutzen will. Schließlich hat der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Professor Bagemann, sich für eine beschleunigte Verwirklichung der Kreditzusagen der Reichsbank für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und die Belebung der Steuergutscheine ausgesprochen und dazu allerdings stark umkämpfte Vorschläge gemacht. Wir haben somit damit zu rechnen, daß weitere staatliche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft in absehbarer Zeit getroffen werden. Vor einer Überschätzung ihrer Wirksamkeit ist freilich zu warnen.

Auch sie können höchstens, vorsichtig angelegt, und zwar so, daß auf keinen Fall, weder eine Gefährdung der Währung, noch eine solche der Staatsfinanzen eintritt, zeitweise erleichternd und fördernd wirken, sind aber kein Mittel für die Gesundung, die nach Wiederherstellung der psychologischen Voraussetzungen, vor allem des Vertrauens in den Staat nur aus den eigenen Kräften der Wirtschaft heraus kommen kann.

Die erste Frage aber: Wie steht es mit der Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft an und für sich? wird jetzt eigentlich ziemlich übereinstimmend dahin beantwortet, daß wir weder in der Welt, noch in Deutschland bereits einen eigentlichen und direkten Aufschwung beobachten können, sondern daß sich augenblicklich alles gewissermaßen in einer Horizontale bewegt. Dieser Meinung ist auch das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten, Anfang dieses Monats abgeschlossenen Bericht, der aber die Periode der krisenhaften Wirtschaftsschrumpfung sowohl für Deutschland als für die Weltwirtschaft als abgeschlossen betrachtet. Dieser Bericht ist freilich nicht so optimistisch, wie der Ende August von dem Institut herausgegebene Bericht, der „in breiter Front nachhaltige Ansätze zu einem Tendenzumschwung in der Weltwirtschaft“ bereits festzustellen glaubte. Immerhin lautete der neue Bericht für Deutschland insofern optimistisch, als gesagt wird, die Konjunktur sei bei uns in einen grundsätzlichen neuen Entwicklungsabschnitt übergegangen und ein Rückfall in eine neue scharfe Krise, sei nicht zu befürchten, wenn nicht etwa politische Schwierigkeiten auftreten, die jedoch auch eine widerstandsfähigere Wirtschaftskonstellation vorfinden würden als 1930/31. Eine schnelle Überwindung der Depression, wie nach der Krise 1925, sei aber wenig wahrscheinlich, da Deutschland neue Absatzgebiete brauche und die Möglichkeit einer isolierten deutschen Binnenmarktkonjunktur solange nicht gegeben sei, als nicht der Kapital- und Devisenmarkt eine entscheidende Entlastung erfahre. Eine innerdeutsche Entlastungsmöglichkeit sieht aber bekanntlich Wagemann, der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, in seinen Kredit- und Arbeitsbeschaffungsplänen.

Der deutsche Autoabsatz leidet bekanntlich sowohl unter der steuerlichen Überlastung des Kraftverkehrs, wie unter den allgemeinen Schwierigkeiten der Wirtschaftslage. Interessante Ziffern sind den Berichten der großen Autofabriken darüber zu entnehmen. Dennoch lautet z. B. der Bericht von Daimler-Benz im ganzen optimistisch. Die Gesellschaft, die 1931 einen Verlust von 15 1/2 Millionen Reichsmark zu verzeichnen hatte, hat diesen Verlust zwar im abgelaufenen Geschäftsjahr noch nicht einbringen können, so daß sie ihre endgültige Sanierung noch aufschiebt, aber sie kann das damit begründen, daß die nun energisch in Angriff genommene Anpassung an die veränderte Geschäftslage wenigstens jetzt zu einem annähernden Ausgleich der Kosten und Erlöse geführt hat. Der Bericht berücksichtigt das nun fast abgelaufene Jahr 1932 bereits und gibt ein Bild von der Veränderung und der Lage auf dem Automobilmarkt. In der ganzen Welt wird der Absatz an Kraftwagen in den ersten 9 Monaten 1932 auf 1,4 Millionen Stück im Nettohandelswert von 3,2 Milliarden geschätzt, gegen 3 Millionen Stück für 7,8 Milliarden 1931 und 6,3 Millionen Stück für 18 Milliarden 1929. In Deutschland waren 1928 137 000 Wagen für 690 Millionen RM, abgesetzt worden. 1931 79 400 Wagen für 291 Millionen RM, und 1932 sind es rund 40 000 für 150 Millionen RM. Daimler-Benz — bisher eine Produktionsstätte ausgesprochen hochwertiger und dementsprechend teurer Wagen — suchte dieser Lage sich durch Einführung eines kleineren und billigeren Typs anzupassen, und dadurch ist es ihm gelungen, seinen Stückanteil am deutschen Personenwagenabsatz von 6-7 Proz. in den Jahren 1929/31 auf etwa 13-14 Proz. im laufenden Jahre zu steigern und so die Stückzahl tatsächlich um 40 Proz. in die Höhe zu bringen, während diese im gesamten deutschen Autoabsatz um etwa 30 Prozent sank. Auch im Lastkraftwagenabsatz erreichte Daimler-Benz im dritten Quartal im Verhältnis zum Vorjahr ein Plus von 13 Proz. trotz des allgemeinen Rückgangs von 41 Proz. Das Lastkraftwagenwerk Gaggenau konnte vor allem infolge der Nachfrage nach Nutzwagen mit Dieselmotoren so gut beschäftigt werden, daß Neueinstellungen stattfinden mußten.

Das größte deutsche Werk, Opel, das sich bekanntlich in ausländischen Händen befindet und der amerikanischen Generalmotors-Company gehört, weist zwar auch wieder einen Verlust von 3,38 Millionen RM, als Neuverlust zu einem bisherigen Gesamtverlust von 15,6 Millionen RM, auf, bringt aber in seinem Jahresbericht gleichfalls eine optimistische Beurteilung. Zwar konnte der Gesamtumsatz am Inlandmarkt durch den Export nicht voll ausgeglichen werden (obwohl dieser selbst stark zunahm), aber Opel hat allein zweimal soviel Automobile exportieren können, wie die übrige deutsche Automobilindustrie zusammen. Die Gesellschaft hofft, durch weitere vorsichtige Arbeitsplanung ihre Belegschaft von über 6000 Arbeitern und Angestellten konstant halten zu können, und beurteilt ihre Aussichten für das laufende Jahr günstig, da schließlich die auf dem Kraftverkehr liegenden Lasten zwangsläufig auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden müßten und schon ein geringer Anstieg der Absatzzahlen genügen werde, auch einen finanziellen Erfolg sicher zu stellen.

# Endgültige Annahme der badischen Kirchenverträge

Mit 44 gegen 42 Stimmen

Badischer Landtag

6. Sitzung

DJ. Karlsruhe, 9. Dez.

Präsident Duffner eröffnet nach 1/10 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung der Eingänge berichtet Abg. Heib (Sozdem.) über das

Notgesetz vom 12. November 1932

betr. Ergänzung des Notgesetzes über die Bürgschaft des Landes Baden für einen von den badischen Sparkassen und der badischen kommunalen Landesbank in Anspruch genommenen Wechselkredit. Es handelt sich dabei um die Übernahme von Bürgschaften in Höhe von 500 000 RM zum Zweck der Sicherstellung der Spareinleger von Sparkassen, wenn deren Gewährschaftsverbände zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nicht in der Lage sind. Der genannte Betrag wird auf die im § 1 des Notgesetzes bezeichnete Summe von 40 Millionen angerechnet.

Das Notgesetz wird nachträglich genehmigt.

Es folgt die

zweite Lesung der Kirchenverträge

Zunächst nimmt

Kultusminister Dr. Baumgartner

das Wort und führt folgendes aus:

Ich lese in der „Breisgauer Zeitung“ vom 7. Dezember 1932 Nr. 288 ein großes Inserat mit folgendem Wortlaut: „Konkordat und Kirchenvertrag“ von Dr. Paul Schmittner, M. d. L., Landtagsrede vom 30. November 1932, sowie als Broschüre erschienen. Diesem Inserat ist folgende Empfehlung beigegeben:

„Die Ausführungen, mit denen der Fraktionsführer der badischen Deutschnationalen zur Frage des Konkordats und Kirchenvertrags Stellung nimmt, sind von so grundlegender Bedeutung, daß die als Sonderdruck erschienene Flugdrift weiteste Verbreitung verdient.“

Meine Damen und Herren! Im Interesse der historischen Wahrheit sehe ich mich genötigt, noch einmal zu einer vom Herrn Abg. Dr. Schmittner aufgestellten Behauptung eine Richtigstellung vorzunehmen:

In seiner ersten Rede zur 1. Lesung der beiden Kirchenverträge führte der Herr Abg. Dr. Schmittner, nachdem er daran Kritik geübt hatte, daß seine Partei nicht habe mitarbeiten können an der Gestaltung des Vertrages, u. a. wörtlich folgendes aus:

„Wie ganz anders war es in Preußen. Da hat man den Oppositionsparteien sehr wohl Gelegenheit gegeben, sich an diesem Ringen zu beteiligen. Gerade die Deutschnationale Partei des Preussischen Landtags wurde in die Lage versetzt, positiv mitzuarbeiten und Einfluß auf die Gestaltung der Verträge zu gewinnen. Und gerade diese Tatsache machte es für sie ja möglich, an sich für beide Verträge zu stimmen. Ganz anders hier bei uns in Baden! Keine der Oppositionsparteien, auch wir nicht, wurde in die Lage versetzt, mitzuarbeiten. Niemand wurde gefragt und niemand befragt, Einfluß zu gewinnen und zu seinem Teil zum Werk beizutragen.“

Dazu stelle ich als der zuständige Minister folgendes fest: Ich habe bereits in meiner Erwiderung auf die Rede des Herrn Abg. Dr. Schmittner bei der 1. Lesung gesagt, daß aus den Sitzungsprotokollen der Verhandlungen im Preussischen Landtag über den Protestantenvvertrag vom 8. bis 10. Juni 1901 in keiner Weise irgendwie zu entnehmen sei, daß die Oppositionsparteien, also auch nicht die Deutschnationale Partei des Preussischen Landtags, am Vertragswerk irgendwie mitgearbeitet habe. Um aber ganz sicher zu gehen, habe ich mich bei einer an den Verhandlungen über die Kirchenverträge im Preussischen Landtag sehr maßgebend beteiligten Stelle erkundigt. Ich habe hierauf folgende Antwort erhalten:

„Auf Ihre Anfrage beehre ich mich zu erwidern, daß die Behauptung der badischen Deutschnationalen Fraktion, es seien bei der Schaffung des Staatsvertrages mit den evangelischen Landeskirchen in Preußen die Oppositionsparteien beigegeben worden, vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Die Oppositionsparteien sind — genau wie die Regierungsparteien! — mit diesem Vertrage — ganz ebenso wie früher mit dem Konkordat — erst befragt worden, als er dem Landtag zwecks parlamentarischer Erledigung vom Staatsministerium vorgelegt wurde. Es ist also genau so verfahren worden, wie jetzt in Baden. Die gegenteilige Behauptung bezeichnet mir heute auf eine telefonische Anfrage meinerseits eine an der Vorbereitung und dem Abschluß beider Verträge maßgebend beteiligte Persönlichkeit evangelischen Bekenntnisses als „leeres Geschwätz“, man habe von der betreffenden Seite her wohl einmal einen Versuch gemacht, sich einzufühlen, sei aber seitens des Ministeriums abgewiesen worden.“

Meine Damen und Herren, dies zur Feststellung der historischen Wahrheit. Ich habe weiter mitzuteilen, daß mit Datum vom 5. Dezember 1932 eine Eingabe an mich gekommen ist betr. des evangelischen Kirchenvertrages, die unterzeichnet ist von 53 der evangelischen Konfession angehörigsten ordentlichen Professoren der Universität Freiburg. Diese Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick auf die Begründung zu Artikel VII Abs. 2 und 3, mit der die Evangelische Kirchenregierung den Vertrag des Staatsministeriums mit der Evangelisch-protestantischen Landeskirche der Evangelischen Landesynode vorgelegt hat, und auf die Entschliebung, mit der die Landesynode dem Vertrage zugestimmt hat, richten die unterzeichneten evangelischen planmäßigen Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Freiburg an das Staatsministerium die Bitte, über die in dem genannten Artikel VII Abs. 2 und 3 der Evangelischen Kirchenregierung gemachten Zugeständnisse hinsichtlich der Befehung der Lehrstühle an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg in keinem Falle hinauszuweichen.“

Wir halten es für wünschenswert, daß in den etwa zu treffenden Ausführungsbestimmungen das in dem Sitzungsprotokoll zu Artikel XI Abs. 2 des Preussischen Kirchenvertrages vorgesehene Verfahren auch bei uns nach Möglichkeit in Anwendung gebracht wird. Insbesondere sollte die Einwirkung der Kirchenregierung auf die Geltendmachung von Bedenken gegen Bekenntnis und Lehre des zu berufenen Dozenten beschränkt sein und im Falle einer Meinungsverschiedenheit gemeinsame

Verhandlungen zwischen der Kirchenregierung und der Fakultät unter Mitwirkung eines Mitgliedes der Staatsregierung vorgeesehen werden, aber die Entscheidung selbstverständlich dem Staatsministerium vorbehalten bleiben.“

Ich stelle fest, daß unter diesen 53 Namen auch solche sich befinden, deren Träger ganz zweifelslos nicht der Deutschen Volkspartei, sondern wohl sicher der Deutschnationalen Partei angehören. Ich bin überzeugt, daß so, wie diese Unterzeichner denken, auch sehr weite Kreise in der Evangelischen Landeskirche zu dieser Frage eingestellt sind. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, auch hier von dem hohen Hause Kenntnis zu geben, insbesondere im Hinblick darauf, daß der Sprecher der Deutschnationalen Fraktion in seiner Rede immer auf die sog. innere Inparität abgehoben hat und füge bei, daß vor kurzem in einem Vortrag hier in Karlsruhe der evangelische theologische Professor Geh. Kirchenrat Dr. Bauer, Heidelberg, zur Befehung der Lehrstühle der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Heidelberg u. a. ausgeführt hat: „Gerade die in diesem Punkt ungleiche Behandlung von Evangelischer und Katholischer Kirche trägt den Eigenarten der beiden Kirchen Rechnung. Denn Parität bedeutet nicht „Jedem das Gleiche“, sondern „Jedem das Seine“. Und der Sprecher der Liberalen in der Landesynode, Pfarrer Rath aus Mannheim, schloß seine Ausführungen mit dem Satz: „Wahrscheinlich war für die liberale Gruppe in der Landesynode die Überzeugung, daß der Vertrag einerseits keine Gefährdung der Staatsautorität bringt, andererseits der Evangelischen Kirche geistliche Entwicklungsmöglichkeiten sichert.“ Ich wiederhole, was ich auch in der 1. Lesung betont habe, daß hier keine innere Inparität und damit kein zureichender Grund vorliegt, die Kirchenverträge abzulehnen. Wenn es darum zu tun ist, daß die Verhältnisse zwischen dem Staat und den beiden großen Kirchen völlig geklärt und geordnet werden und damit der dauernde religiöse Friede im Lande Baden gesichert wird, der kann nicht ablehnen, sondern er muß seine Zustimmung geben.“

Für das Zentrum

spricht Abg. Haas. Er bearründet nochmals die Notwendigkeit des Konkordats zur Befestigung der Rechtsunsicherheit in bezug auf die Befehung des Erzbischofsstuhls, die finanziellen Verpflichtungen usw. Die Regierung habe es streng vermieden, Konfliktsstoff in das Konkordat aufzunehmen. Mit Ausnahme der Staatspartei und Kommunisten hätten alle Parteien, die heute gegen die Verträge stimmen, anerkannt, daß Kirchenverträge historisch und rechtlich begründet und gerade in heutiger Zeit geeignet seien, Zweifelsfragen auszuräumen. Um so bedauerlicher sei, daß sie sich nicht dazu verstehen können, den Verträgen zuzustimmen. Der Redner meint, nicht die Frage, ob man bei der Vorbereitung dabei war, sollte entscheidend sein, sondern der Inhalt. Ein Versuch, sich mit der Staatspartei kulturpolitisch zu verständigen, wäre ausichtslos. Bedauerlich sei, daß die Sozialdemokraten aus parteipolitischen Gründen gegen die Verträge stimmten. Der Redner legt sich dann mit den gegen die Verträge ins Feld geführten Argumenten auseinander.

Namens der Deutschnationalen

führt Abg. Dr. Schmittner aus, maßgebend für die Ablehnung sei und bleibe die innere Inparität. Wir sind darüber orientiert, daß während der Verhandlungen in Preußen eine allerdings nichtoffizielle Fühlungnahme mit namhaften privaten Persönlichkeiten stattgefunden hat. (Abg. Dr. Jäger: Das trifft nicht zu — Widerspruch der Deutschnationalen.) Redner fährt fort: Was geht uns die Erklärung der Freiburger Professoren an? (Lachen im Zentrum.) Für uns ist die Entscheidung in dieser Frage eine Wissenschaftsfrage. Wir wollen, daß sich der positive Gedanke auswirkt. Wir können darum nicht anders handeln und müssen die Verträge wegen ihrer inneren Inparität ablehnen.

Der Standpunkt der Kommunisten

wird vom Abg. Volk in längerer, sehr scharfer Rede dargelegt. Er bedeutet grundsätzliche Gegnererschaft.

Abg. Dr. Walder (D. Vp.) macht einige Bemerkungen zum evangelischen Kirchenvertrag. Er findet die Erklärung der Freiburger Professoren recht beachtlich.

Abg. Frau Niggel (Zentr.) sagt, die Verträge zeichneten sich durch Klarheit und Schlichtheit der Sprache aus und gäben jedem das Seine. Die Freiheit der religiösen Einstellung und Betätigung des Lehrers wie auch das Elternrecht würden durch die Verträge nicht berührt.

Abg. Kroenlein (Ev. Volks.) führt aus, der Einfluß der evang. Kirchenregierung auf die Befehung der Lehrstühle der evang. Fakultät gehe nicht weit genug. Alles, was heute von Zentrumseite gesagt wurde, sei ein Rückzugsgesicht. (Heiterkeit im Zentrum. — Abg. Seubert ruft: Herr Kroenlein, sollen wir den evang. Vertrag ablehnen? — Abg. Kroenlein: Das wünsche ich nicht von Ihnen. — Erneut große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Jäger (Zentr.) setzt sich mit den Deutschnationalen und dem Evang. Volksdienst auseinander. Die Evang. Kirche werde durch den Vertrag zwar nicht alles, aber mehr erhalten als sie heute habe. Angesichts der Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Bolschewismus hätte man den beiden Regierungsvorlagen ein anderes Echo im Hause gewünscht. In Wirklichkeit sei die Zahl der Konkordatsfreunde weit größer, als die Zahl der Nasager vermuten lasse. Trotz der knappen Mehrheit sei zu hoffen, daß sich das Vertragswerk positiv auswirken wird, und daß auch die Gegner später einsehen werden, daß etwas Gutes geschaffen wurde. (Beifall im Zentrum.)

Minister Dr. Baumgartner

macht dem Abg. Dr. Schmittner gegenüber verschiedene Feststellungen. (Lebhafter Widerspruch auf Seiten der Deutschnationalen.) Wenn die Möglichkeit nicht bestand, für die evang. Kirche hundertprozentig da zu stehen, was gewünscht wird, so mußte eben der Weg des Kompromisses beschritten werden. Alle gegen die Verträge vorgebrachten Argumente hält der Minister nicht für stichhaltig.

Abg. Dr. Schmittner (D. Natl.) erklärt nachdrücklich, daß die Stellungnahme der Deutschnationalen zum inneren sachlichen Gründen, nicht etwa von parteipolitischen Gründen diktiert sei.

Minister Dr. Baumgartner und Abg. Dr. Jäger (Zentr.) ergreifen nochmals das Wort zur Erwiderung.

Abg. Ewald (Ev. Volks.) gibt eine feine Ablehnung begründende Erklärung ab.

Es folgt

### die Abstimmung

Das Konordat wird mit 44 Stimmen des Zentrums, der Volkspartei und Wirtschaftspartei gegen 42 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Bei der Abstimmung fehlen nur zwei Abgeordnete: der deutschnationale Abg. Bauer (krank) und der demokratische Abg. Fischer-Konstantz (geschäftlich verhindert).

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis findet auch der evangelische Kirchenvertrag Annahme.

Bei der Frage nach der Dringlichkeitserklärung der beiden Vorlagen stimmen 44 Abgeordnete mit Ja, 28 dagegen, während sich 14 (Nationalsozialisten, Deutschnationale und Evang. Volksdienst) der Stimme enthalten.

Nächste Sitzung voraussichtlich Donnerstag, 15. Dezember. Schluß gegen 1 Uhr.

## Die internationalen Debatten

### Die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung

In der Donnerstag-Nachmittagsitzung der Fünf-Mächte-Besprechung in Genf erbat der deutsche Außenminister die Beantwortung zweier Fragen über die Gleichberechtigung und die Sicherheit.

1. Wird die Gleichberechtigung praktische Anwendung in der künftigen Konvention in jeder Beziehung finden und ist sie insofern der Ausgangspunkt der künftigen Erörterungen der Konferenz bezüglich der abgerüsteten Staaten?

2. Schließt der Ausdruck „System, welches Sicherheit allen Nationen verschafft“, das Element der Sicherheit ein, das in der allgemeinen Erklärung beruht, so wie es von der Völkerbundversammlung anerkannt worden ist?

Zunächst mühten diese Fragen in befriedigendem Sinne beantwortet werden. Die Bezugnahme in der Erklärung Herricks, daß die Anerkennung der Gleichberechtigung eines der Ziele der Konferenz sein solle, könne dahin mißverstanden werden, daß die Gleichberechtigung nur ein Prinzip darstellend soll. Es käme aber nur eine volle Auswirkung in Frage. Die Konvention müsse eine praktische Auswirkung in allen Richtungsrichtungen finden. Deshalb sei es notwendig, daß die Gleichberechtigung von vornherein zum Ausgangspunkt genommen werde.

Fälle die Beantwortung dieser Frage nicht positiv aus, so habe die Teilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz keinen Sinn, da Deutschland sonst ja nicht wisse, ob und inwiefern die gefundenen Lösungen auf Deutschland Anwendung finden.

In der zweiten Frage bemerkte Freiherr von Neurath, er nehme an, daß das Sicherheitsproblem, das in Herricks Erklärung erwähnt sei, auch die Sicherheit umfasse, die durch die allgemeine Entweffnung herbeigeführt werde. Er bestrebe aber darauf, daß diese Auffassung ihm ausdrücklich bestätigt werde.

Der englische Außenminister stellte Herrn von Neurath die Frage, ob Deutschland sich wieder an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz beteiligen werde, wenn die von Herrn von Neurath gestellten Fragen positiv im Sinne der deutschen Auffassung beantwortet würden. Herr von Neurath habe diese Frage Sir John Simons bejaht.

Wien, 9. Dez. (Tel.) Wie „Echo de Paris“ aus Genf meldet, soll Norman Davis seinen Plan über eine Vertagung der Konferenz um drei Jahre angesichts der französischen Einwendungen fallen gelassen haben.

### Die Schuldenraten

In der amerikanischen Antwort an England zur Schuldenfrage heißt es, daß die amerikanische Regierung die Schwierigkeiten eines Transfers erkenne. Man werde daher jede vernünftige Anregung der britischen Regierung erwägen, die die Bezahlung der Dezemberrate erleichtern könne.

Auch die Antwort an Frankreich wurde am Donnerstag überreicht.

Neuer veröffentlicht eine ihm nach Abschluß der Pariser Schuldenbesprechungen gegebene Information, derzufolge die Abkommen von Lausanne unabhängig von den Matenzahlungen am 15. Dezember in Kraft bleiben werden und lediglich in Frage gestellt sind, wenn sich eine befriedigende endgültige Regelung mit den Vereinigten Staaten nicht erzielen läßt.

Paris, 9. Dez. (Tel.) Wie „Echo de Paris“ aus Genf meldet, soll Norman Davis seinen Plan über eine Vertagung der Konferenz um drei Jahre angesichts der französischen Einwendungen fallen gelassen haben.

London, 9. Dez. (Tel.) Wie Neuter erzählt, beabsichtigt die englische Regierung, nach der Rückkehr Macdonalds aus Genf, eine dritte Note an die Vereinigten Staaten zu senden, in der Amerika von der Absicht Englands unterrichtet werde, die am 15. Dezember fälligen Zahlungen in Gold zu leisten.

### Kleine Chronik

Im Ostflügel des Schlosses Marloffstein bei Erlangen (Mittelfranken) entstand heute früh sechs Uhr ein Brand, der das gesamte Schloss in kurzer Zeit bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Das Schloss war früher von den Bischöfen von Bamberg als Jagdschloß benutzt worden. In dem Schloß wurde schließlich eine Gaststätte errichtet.

Auf dem Hamburger Dom entstand heute, Freitag früh, gegen 11 Uhr, in einer der Hauptgiebel der Regenergießstraße aus noch nicht aufklärter Ursache ein Schadenfeuer, bei dem insgesamt 50 Meter Außenputz zerstört wurden.

Der Arbeiter Friedrich Stark in Berlin, der am 6. Sept. 1932 die Sprachlehrerin Profano ermordet hatte, wurde zu lebenslänglichem Justizhause verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe.

Als Opfer der Explosionskatastrophe in Rathenow vom Mittwoch sind drei weitere Leichen geborgen worden, so daß sich die Zahl der bisher geborgenen Toten auf zehn erhöht.

Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es kurz vor Mitternacht in Spandau zu einer schweren Schießerei, bei der drei Personen verletzt wurden.

21 Stennessleute vom Arbeitslager des freiwilligen Arbeitsdienstes in Badingen wurden in Behmdorf (Brandenburg) wegen einer Schlägerei mit Schmittner zu 3 bis 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Jugendstrafen von 1 bis 10 Jahren beantragt.

Der Australiensieger Bertram will am nächsten Montag nach Europa zurückfliegen.

## Konflikt in der NSDAP.

### Gregor Straffer legt seine Ämter nieder

Donnerstag abend veröffentlichte die Pressestelle der NSDAP folgende Nachricht:

„Parteilinien Gregor Straffer tritt mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen an. Alle weiteren daran geknüpften Gerichte und Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage.“

Straffer, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, war der Mann, der den Hauptteil der organisatorischen Arbeit der Hitlerbewegung geleistet hat und nächst dem obersten Führer als die Seele der Partei betrachtet wurde. Er ist zweifellos ein Gegner der radikalen Richtung in der NSDAP. Die Blätter meldeten bereits, daß Straffer auch seine Ämter niedergelegt habe. Die „Voss. Zig.“ berichtet jedoch von einer direkten Aussprache zwischen Hitler und Straffer, die damit endete, daß Straffer entgegen seiner ursprünglichen Absicht „vorläufig in der Partei verbleibt, seine Parteiamter und das Parlamentsmandat beibehält, zunächst aber einen dreiwöchigen Erholungsurlaub antritt“. Die „Kreuzzeitung“ führt den Konflikt auf Meinungsverschiedenheiten über die Befetzung von preussischen Ministerposten zurück.

### Auch Reichstagsabgeordneter Feder nimmt Urlaub

Wien, 9. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, hat der Programmleiter der NSDAP und Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates der NSDAP, Gottfried Feder, M. d. R., Adolf Hitler in einem Brief um einen dreiwöchigen Urlaub ersucht. In diesem Brief fragt Feder, ob die ihm von Gregor Straffer eröffnete Mitteilung über die von Hitler beabsichtigte Auflösung der Hauptabteilung IV (Wirtschaft), der NSDAP, und der Ingenieur-technischen Abteilung, deren Leiter Gottfried Feder ist, als endgültige Maßnahme anzusehen sei. Feder weist darauf hin, daß eine Auflösung der Wirtschaftspolitischen Abteilung als Verzicht der NSDAP auf ihr wichtigstes Gegenwärtiges, „Arbeit und Brot“, angesehen würde. Hieraus sei eine so ungeheure Abwanderung der schließlich auf Befreiung der Wirtschaft hoffenden Wählermassen zu besorgen, daß dadurch die Stützkräfte der NSDAP gefährdet erscheine.

### Der „Angriff“ über die Beurteilung Gregor Straffers

Wien, 9. Dez. (Priv.-Tel.) Die Meldung der Reichspressestelle der NSDAP, daß Gregor Straffer einen dreiwöchigen Urlaub antritt, drückt der heutige „Angriff“ auf der zweiten Seite ab und schreibt dazu, wenn die gegnerische Presse glaubt, aus dieser Tatsache eine Sensation machen und Spekulationen aus einem Jerschall der NSDAP ziehen zu können, so habe sie sich gründlich getäuscht: „Ob ein Gregor Straffer beurlaubt wird oder nicht, das kann niemals etwas daran ändern, daß die NSDAP, jehklar und lompromisslos ihren Weg weitergeht. Der Führer wird das Programm, das er ihr von Anfang an gegeben hat, weder an den Marxismus noch an die Reaktion verraten, auch nicht um den Preis von Ministerposten.“

Der „Völkische Beobachter“ läßt ab 1. Januar eine norddeutsche Ausgabe und eine Berliner Ausgabe im Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachfolger, Niederlassung Berlin, erscheinen. Beide Ausgaben werden in Berlin in eigener Druckerei gedruckt. Als Herausgeber zeichnet Adolf Hitler. Für die neuerscheinenden Tageszeitungen ist ein eigenes Geschäftshaus in der Zimmerstraße 88 gefunden worden.

## Badischer Teil

### Zur Heimkehr des Kreuzers „Karlsruhe“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* Der Staatspräsident hat an den Kommandanten des Kreuzers „Karlsruhe“ folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet:

„Zur glückhaften Beendigung der ruhmvollen Auslandsfahrt entbiete namens des badischen Landes dem Kommandanten und der ganzen Besatzung aufrichtige Willkommgrüße.“  
Dr. Schmitt, badischer Staatspräsident.

### Die alte Mannheimer Rheinbrücke

Nach einer Meldung aus München hat Staatsminister Dr. Schädel auf eine Anfrage des Abg. Dillinger im Bayerischen Landtag wegen den notwendigen Verbesserungen an der alten Straßenbrücke in Mannheim über den Rhein folgende Antwort erteilt:

„Die Staatsregierung hat schon von sich aus vor längerer Zeit gemeinsam mit der badischen Regierung Schritte unternommen, um von der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die Zustimmung zu erhalten, daß die Fahrbahn und die Gehsteige der alten Straßenbrücke Ludwigsbafen-Mannheim nach entsprechender Verstärkung der Tragkonstruktion auf gemeinschaftliche Kosten so umgebaut werden, daß diese Brücke der zur Straßenbrücke umgebauten alten Eisenbahnbrücke gleichwertig wird. Wenn diese Bemühungen auch noch nicht den gewünschten Erfolg hatten, so darf doch erwartet werden, daß sie schließlich zum Ziele führen.“

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Das Wetter ist bei uns trocken und kalt geblieben. Heute Nacht verschärfte sich der Frost auf dem Hochschwarzwald bis zu minus 12 Grad. In der Rheinebene war er nicht so streng, da zeitweilig Bewölkung auftrat. -- Eine wesentliche Änderung ist auch für morgen nicht zu erwarten. Voraussage: Fortdauer des bestehenden Bitterungscharakters.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Mannheim, 8. Dez. Der 56 Jahre alte verheiratete Registrator Theobald Bedenbach vom Mannheimer Arbeitsamt wurde vom Schöffengericht wegen Amtsunterschlagung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt. Bedenbach, der ein anstimmliches Gehalt bezog, unterschlug Postgelder in Höhe von mindestens 2000 M.

Hd. Baden-Baden, 8. Dez. Am Dienstag konnten Wittl. Geh. Rat Eggelenz Karl von Eifendecher und Gemahlin das Fest der goldenen Hochzeit begehen. U. a. hat Reichspräsident von Hindenburg eine herzlich gehaltene Festadresse gefandt; des weitern haben gratuliert der ehemalige Kaiser, Großherzogin Silba, Markgraf Berthold von Baden, Kirchenpräsident D. Würth, das Auswärtige Amt; im Auftrage der Landesregierung überbrachte Polizeidirektor Raumann herzliche Glückwünsche.

Hd. Lahr, 8. Dez. Das Klenomieggebäude des Gasthauses „zum Lärchen“, das zur Gemeinde Schänberg gehört und sich auf der Bahnhöhe der Ludwigsstraße befindet, die das Schüttertal mit dem Rinsigtal verbindet, ist in der letzten Nacht ein

Naub der Flammen geworden. 13 Stück Großvieh, 50 Kühner, 1000 Zentner Futtermittel und viele Wirtschaftsgüter sind verbrannt. Das Gasthaus selbst ist eines der ältesten Gebäude und stammt aus dem 12. Jahrhundert. Schon vor hundert Jahren war es von einem Schadenfeuer bedroht, konnte aber damals gerettet werden.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

	9. Dezember		8. Dezember	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	70.43	70.57	70.83	70.97
Italien . . . 100 L.	21.52	21.56	21.48	21.52
London . . . 1 Pf.	13.56	13.60	13.67	13.71
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.92	81.08	80.92	81.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Dezember 1932 hat sich in der verfloßenen Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 92,2 Millionen auf 8439,0 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 12,6 Millionen auf 396,5 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 19,0 Millionen auf 918,0 Millionen Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 23,2 Millionen auf 804,1 Millionen Reichsmark abgenommen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen dagegen um 4,2 Millionen auf 113,9 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen betrug am 7. Dezember 26,7 Proz. gegen 26,5 Proz. am Ultimo November dieses Jahres.

### Börsen und Geldmarkt

Die Beruhigung, die im Anfang der Woche allgemein eintrat, gab der Börse ein freundliches Gepräge. Die Börse wurde fest, wenn ihre Tendenz auch zeitweise durch die erneute Pfundschwäche gehemmt war. Das Publikum beteiligte sich zwar nicht sehr stark, aber die Kuffisse neigte zu Käufen. Am Aktienmarkt überwiegen die Kursrückgänge, meist allerdings bescheidenen Ausmaßes. Der Rentenmarkt war ohne große Bewegung, aber durchweg gut behauptet und teilweise etwas fester.

Nach dem ziemlich leichten Ultimo machte die Entspannung auf dem Geldmarkt nur zögernd Fortschritte. Es wirkte sich bereits der übliche Gedrängedruck durch den Weihnachtseinkauf aus. Die deutsche Währung ist gesichert, zumal keine Zweifel an der Verlängerung des ausländischen Kreditkredits der Reichsbank besteht. Bedenklich sind nur die Bedingungen auf teilweise Rückzahlung bei Befreiung der Devisenlage, die an diese Verlängerung geknüpft werden sollen. Die Gläubiger der stillgehaltenen privaten Auslandschulden werden nun mit ähnlichen Forderungen auftreten. Am Devisenmarkt dauerte die Abschwächung des englischen Pfunds fort. Leider beschränkten sich die Wirkungen der Pfundbaße nicht auf England; die Folge ist gleichzeitig ein Deflationdruck in den übrigen Ländern, der der Konjunkturbesserung entgegenarbeitet.

### Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 7. Dezember 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 7. Dezember 1932 für eine Unze Feingold 128 sh. 1 d., in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein englisches Pfund vom 7. Dezember 1932 mit 13,53 RM. umgerechnet 86,6484 RM., für ein Gramm Feingold demnach 49,4157 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,78581 RM.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

Apotheker in Bad Dürkheim.  
Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Bad Dürkheim, welche durch den Tod des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben.  
Gesuche sind unter Vorlage der üblichen Nachweise (vergleichliche Ausweise der Apotheke in Heidelberg-Neuenheim, Staatsanzeiger Nr. 254 vom 29. Oktober 1932) hierher einzureichen.  
Ablauf der Bewerbungsfrist: 31. Dezember 1932.  
Karlsruhe, den 8. Dezember 1932.  
Der Minister des Innern:  
F. B. Weigel.



Badisches Landestheater  
Freitag, den 9. Dez. 1932  
\* F 11 (Freitagmiete)  
Ab.-Gem. 1001-1100

Oberon  
König der Elfen  
Große romantische Oper  
von Weber

Dirigent: Krips  
Regie: Pruscha  
Mitwirkende:  
Blank, Haberlorn, Reich-Dörich, Seiberlich, Seling, Winter, Faber, Moerschel, Dmoral, Gospach, Kiefer, Rentwig, Rindemann G., Nagel, Ehret, Kilius, G. Rivinius, Schönhaler  
Anfang 20 Ende 22½  
Preise D. 0,90-5 RM

Samstag, den 10. Dez. 1932  
Nachmittags

Stöpsel  
bummelt durch die Welt  
Märchen von Karl Zernler

Regie: v. d. Trenck  
Dirigent: Ebbecke  
Mitwirkende:  
Bertram, Frauenborfer, Seiling, Bardusch, Frick, Gebelein, O. Höder, Krausmeier, Weizner, Moerschel, Schneider, G. Höder, Kuhne, Mehner, G. Müller, R. Müller, Krüter, Schönhaler, Schulze, Geh, Kilius, G. Rindemann, Mateo, Peterjen  
Anfang 15 Ende 17½  
Preise 0,40-2 RM

Abends  
\* G 11. Ab.-Gem. 1301-1400

Eine Nacht in Venedig  
Operette v. Johann Strauß  
Dirigent: Krips  
Regie: Dr. Hagemann

Mitwirkende:  
Haberlorn, Karl, Seiberlich, Faber, Frick, Gospach, Kiefer, Moebke, Löfer, Rentwig, Schönhaler, Mateo, Kilius  
Anfang 20 Ende 22½  
Preise D. 0,90-5 RM

So. 11. 12. Nachm.: Oberon.  
Abends: Hänsel und Gretel.  
Hierauf: Die Puppenfee. Im Konjunktionshaus: April-April.

# Weihnachts-Anzeiger 1932

**Guten Radio-Empfang** nur durch eine **gute Radio-Anlage**

## BLAUPUNKT W 4000

4 Röhren - Dreikreis - Exponential - Empfänger  
mit absoluter Einknopfbedienung und Tonblende  
Preis kompl. m. R. 231,90 RM.  
dto. m. eingebaut. dynam. Lautsprecher. 258,90 RM.

## RADIO-

**SPEZIALHAUS Ing. H. DUFFNER**  
MARKGRAFENSTRASSE 51 BEIM RONDELLPLATZ

Besuchen Sie meine ständige Radio-Ausstellung

## BLAUPUNKT LW 2000

2 Röhren-Schirmgitter-Kombinationsempfänger  
mit eingebautem dynam. Lautsprecher, hervor-  
ragende Empfangsleistung  
Preis komplett m. R. 159,50 RM.

## Beliebte Weihnachts-Geschenke



sind  
**Qualitäts-  
Bestecke**

**Näh- und Nagelpflege-Etuis**  
sämtliche Solinger Stahlwaren

M.130 aus den ältesten Fachgeschäften von Karlsruhe  
**GESCHW. SCHMID • P. SCHÄFER**  
Kaiserstraße 88 Erbprinzenstraße 22

Denken Sie rechtzeitig an Ihre

## Weihnachtseinkäufe!

Vorteilhaft und billig kaufen Sie:

Kleiderstoffe	Schlafdecken	Weißwaren,
Seidenstoffe	Steppdecken	Tricotagen
Mantelstoffe	Betttücher	Wollwaren
Herrenstoffe	Bettfedern	Kübler-Kleidung

bei  
**J. Hertenstein**

Inhaber: R. Kutterer  
Herrenstraße 25 Ecke Erbprinzenstraße  
Bekannt gute Qualitäten Fachm. Bedienung

## Noch nie so billig!



Damentaschen  
Lederkoffer  
Schulranzen  
Schülermappen  
Aktmappen  
Musikmappen  
Schreibmappen  
Brieftaschen

nur im Spezialgeschäft für  
Lederwaren, Reiseartikel

**G. DISCHINGER** Kaiserstr. 105, zwischen Adler-  
und Kronenstr. • Tel. 2618  
Eigene Werkstätte — Stets Eingang von Neuheiten M.131

## FÜR WEIHNACHTEN

bringen wir unser reichhaltiges Lager  
in kompletten Krippen und Einzel-  
teilen zum Selbstbauen. Statuen,  
Kruzifixe, Bilder, religiöse Bücher,  
Magnifikate, Meßbücher, schöne  
Literatur, Briefpapier, Kinderpost  
u. Erzählungsbücher zu bill. Preisen

M.140  
**JOS. DORER K.-G.**  
ERBPRINZENSTRASSE 19, TELEFON NR. 2815

## Der Weihnachtsstern

Von Osten strahlt ein Stern herein  
Mit wunderbarem, hellem Schein,  
Es naht, es naht ein himmlisch Licht,  
Das sich in tausend Strahlen bricht!

Ihr Sternlein auf dem dunklen Blau,  
Die all ihr schmückt des Himmels Bau,  
Zieht euch zurück vor diesem Schein,  
Ihr werdet alle winzig klein!

Berdunkelt, Sonnenlicht und Mond,  
Die ihr so stolz am Himmel thron't!  
Es naht heilig leuchtend fern  
Von Osten her der Weihnachtsstern.

Franz von Pöckl.

## Ausstellung in guten Spielwaren

M.129

aller Art  
SONDERABTEILUNGEN  
**TECHNIK IM SPIEL**  
Freiheitsspiele-Puppenklinik

Illustrierter Weihnachtskatalog  
auf Verlangen kostenlos

## F. Wilhelm Doering

AELTESTES SPIELWAREN-HAUS  
Karlsruhe i. B., Ritterstraße, Ecke Zähringerstraße

## 14 kar. Gold-Füllhalter

M.133

2,50, 3,50, 5,—, 7,50, 10,—, 13,50 RM.

Der durchsichtige Pelikan-Füllhalter • Der idealste  
Füllhalter der Gegenwart • Größte Auswahl bei

**ROBERT KNAUSS, KARLSRUHE i. B.**  
Kaiserstraße 159, Ecke Ritterstraße

## SCHIRMME

in den modernsten Ausführungen, in jeder Preislage

das praktische Geschenk

von

**A. & H. KRETSCHMAR**

nur Kaiserstraße 82a. M.145

## Nützliche Weihnachtsgeschenke



Pfaff-Schrankmaschine  
**Pfaff-Nähmaschinen**

in modernen Möbelausstattungen zu billigst gestellten Preisen

Nählampen • Näh-Motore  
Zickzack-, Hohlraum- und Knopfloch-Apparate  
Schreibmaschinen  
Günstige Zahlungsbedingungen

**Georg Mappes** Karl-Friedrich-  
Straße 20.

## Besondere Freude

durch praktische Geschenke

Sie finden bei uns viele Neu-

heiten für Haus und Küche!

Junker & Ruh-Gasherde

von 80,— RM.

Kohlenherdem Nickelschiff

von 62,— RM.

Ofen von 13,50 RM.

Staubsauger, neue Modelle

mit komplett. Zubehör von

79,50 RM. an

Elektr. Geräte aller Art, Schlit-

schuhe, Kinder- und Rodel-

schlitten, Laubsäge- und Werk-

zeugkästen, Metallbaukästen

„Märklin“, Luftgewehre, rost-

freie Stahlwaren, Bestecke

Besichtig, ohne Kaufzwang. Gekaufte Waren werd. zurückgestellt  
**HAMMER & HELBLING**  
Gegründet 1809 Kaiserstr. 155/57 Fernspr. 458/459

## Das gute Bild

die geschmackvolle Photo- und Bilder-Einrahmung  
Kunstmappen / Künstlerkarten

empfiehlt als willkommene  
in großer Auswahl bei billigster Berechnung

**Weihnachts-Geschenke**

**E. Büchle**

Inh.: W. Bertsch, Karlsruhe i. B., Ludwigsplatz

Beachten Sie bitte  
meine 5 Schaufenster



Druck G. Braun, Karlsruhe